

Wärmedämmung, ein Beitrag zum Umweltschutz

Bundesbauminister Schneider hat anlässlich einer Pressekonferenz des Gesamtverbandes Dämmstoffindustrie (GDI) während der Constructa die stärkere Einbeziehung der umweltschutzpolitischen Komponente in die Bauphysik gefordert. Es sei eine große Aufgabe der Baupolitik von morgen und übermorgen, nicht nur Bauschäden zu beseitigen und denkmalschützerische Maßnahmen durchzuführen, sondern auch die bauphysikalische Qualität speziell von Wohngebäuden erheblich zu erhöhen.

Es würde Volksvermögen verschleudert werden, wenn Bauten ohne Wärmeschutz und Energiesparzielsetzungen geplant oder renoviert würden. Architekten warf Schneider in diesem Zusammenhang mangelnde bauphysikalische Kenntnisse und daraus resultierende Versäumnisse vor, die zu Bauschäden und umweltbelastenden Energieverlusten führten.

Ein GDI-Sprecher machte der Bundesregierung den Vorwurf, durch zu lasche Handhabung der Wärmeschutzverordnung indirekt einen heimlichen Umweltskandal zu fördern. Sie habe – im Gegensatz zu dem mit nur 102 000 t Schwefeldioxid am Waldsterben beteiligten Bereich Verkehr – ihren Handlungsbedarf im Gebäudebereich bisher praktisch überhaupt nicht erkannt. Auch bei der Fassung der vollen Kompromisse steckenden Wärmeschutzverordnung seien überwiegend nur Aspekte der Energieeinsparung, nicht jedoch des Umweltschutzes ausschlaggebend gewesen.

GDI-Vorsitzender Gert Carl wies darauf hin, daß erst 10 Prozent des Wohnungsbestandes von wärmeschutzbezogenen Maßnahmen der Bundesregierung erfaßt seien. Nicht zuletzt aus dieser Tatsache resultiere der mit jährlich 279 000 t enorm hohe Schwefeldioxid-Schadstoffanteil der Gebäudeheizungen an der Luftverschmutzung. Carl bezeichnete es als einen Anachronismus, daß die deutsche Steuergesetzgebung den Einbau neuer Verbrennungsheizanlagen in alte Gebäude fördere, deren Wärmedurchlässigkeit und emissionsträchtigen Wärmebedarf aber ignoriere.

Im September vergangenen Jahres hatte der Gesamtverband Dämmstoffindustrie dem Bundesminister in einem Memorandum vorgerechnet, was mit Dämmstoffen im Bereich der Heizungsemissionen machbar wäre, wenn durch steuerpolitische Maßnahmen Anreize zur intensiveren Nutzung von Dämmstoffen vor allem auch im Gebäudebestand gegeben wären. Nach Berechnungen des Verbandes gibt es in der Bundesrepublik Deutschland mindestens 5 Milliarden Quadratmeter ungedämmter oder unterdämmter Gebäudehüllflächen.

Der GDI fordert eine Einbeziehung von Wärmedämmmaßnahmen in die steuerlichen Abschreibungsmöglichkeiten des Paragraphen 82a EStDV und

hält in diesem Zusammenhang eine Emissionsreduzierung von bis zu 85 000 t Schwefeldioxid für möglich.

Welches Leistungspotential Dämmstoffe zur Schadstoffreduzierung in sich bergen, macht ein Vergleich deutlich, in dem der Kassler Universitätsprofessor Gerd Hauser die Wirkung von Dämmstoffen der Fahrleistung von Autos gegenüber stellt. Hauser hat errechnet, daß durch die außenseitige Wärmedämmung eines kleinen Einfamilienhauses soviel Schwefeldioxidemission verhindert wird, wie sie bei 555 000 km Fahrleistung eines Autos mit Benzinmotor entsteht.

Der Bundesbauminister hält die natürlich auch im Interesse seiner Mitglieder vom Gesamtverband Dämmstoffindustrie vorgebrachten Forderungen für durchaus gerechtfertigt. Um das politische Vorfeld für steuerpolitische Maßnahmen zu gestalten, ist nach seiner Ansicht eine verstärkte öffentliche Diskussion des GDI-Anliegens erforderlich.

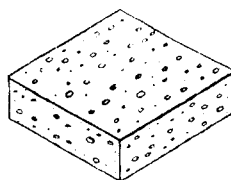
Einladungen

Am 27./28. November 1986 findet in den Räumen des Fraunhofer-Instituts für Solare Energiesysteme in Freiburg

eine internationale Arbeitstagung zum Thema „Einsatz transparenter Wärmedämmmaterialien im Bereich der passiven Solarenergienutzung“ statt. Dazu haben die Organisatoren, Prof. Goetzberger und Dr. Wittwer vom Fraunhofer-Institut und Dr. Jesch, Birmingham, einen „Call for papers“ zusammen mit einer ersten Ankündigung verschickt. Wer glaubt, in Form eines Vortrages einen Beitrag zu diesem Thema leisten zu können, ist gebeten, sich mit dem Fraunhofer-Institut für Solare Energiesysteme, Oltmannstraße 22, 7800 Freiburg, in Verbindung zu setzen.

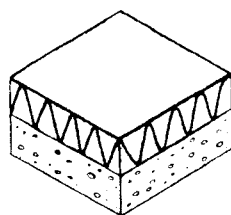
„Unterstützen oder gefährden private Vereinigungen die parlamentarische Demokratie?“ Dazu veranstaltet der Europarat im November 1986 ein Colloquium, das an Hand von Fallstudien Antworten auf diese Frage geben soll. Private Vereinigungen, die mit oder ohne Erfolg eine markante Aktion durchgeführt haben, sind eingeladen, ihren „Fall“ zu melden und vorzutragen.

Näheres vom Europarat, Abteilung für Öffentlichkeitsarbeit, F-67006 Straßburg Cedex.



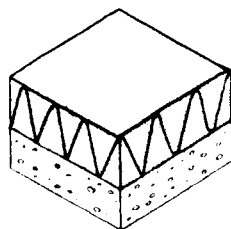
Oberste Geschoßdecken aus Stahlbeton erfüllen ohne Dämmschicht nicht den Mindestwärmeschutz. Ungedämmt verursachen sie pro m² einen jährlichen Heizölverbrauch von

33 Liter | **k=3.73**
in W/m² K



Bei einer Dämmschichtdicke von 8 cm beträgt der Heizölverbrauch pro m² Deckenfläche im Jahr

4 Liter | **k=0.44**
in W/m² K



Wird die Dämmschichtdicke auf 12 cm erhöht, beträgt der Heizölverbrauch pro m² Deckenfläche im Jahr nur noch

3 Liter | **k=0.31**
in W/m² K

Empfohlene k-Werte für rationelle Energieverwendung

Außenwand

k = 0,3–0,6 (W/m² K)

Fenster (Rahmen und Verglasung)

k = 1,7–2,6 (W/m² K)

Dach bzw. oberste Geschoßdecke

k = 0,2–0,3 (W/m² K)

Kellerboden und Wände (gegen Erdreich)

k = 0,4–0,5 (W/m² K)

Kellerdecken (wenn Keller unbeheizt)

k = 0,4–0,5 (W/m² K)

Neben anderen Einflußgrößen haben die Transmissionswärmeverluste (k-Werte) einen erheblichen Einfluß auf den Heizenergiebedarf des Hauses. Diese Vergleichsdarstellung zeigt den Einfluß der Dämmschichtdicken auf den k-Wert von obersten Geschoßdecken und damit auf den Heizenergieverbrauch. – Der k-Wert eines Bauteils gibt an, welche Wärmemenge durch 1 m² (zum Beispiel Mauerwerk) bei einem Temperaturgefälle zwischen innen und außen von 1 K je Zeiteinheit verlorengeht. Faustregel: Je kleiner der k-Wert, desto größer der Sparwert.

Graphik: GDI